Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 12

Artikel: Wohin treiben Argentinien und Brasilien?
Autor: Meier, Reinhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162792

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Stuttgart 1970, Seite 307. – [14] Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1966. – [15] Vgl. Lattmann/Keppeler (Herausgeber), Mitbestimmung in der Unternehmung, Bern und Stuttgart 1972, Seiten 155ff. und 169ff., ferner Spiegel, Nr. 44/1968. – [16] SHZ-Interview vom 31. 8. 1972. – [17] Referat am Pressetag der schweizerischen Maschinenindustrie 1972, vervielfältigtes Manuskript. – [18] A. a. O. Seite 252. – [19] Sammelband über das Symposion «Demokratie und Mitbestimmung», Seewald-Verlag, Stuttgart 1970, Seite 75ff.

Referat, gehalten am 24. Januar 1973 vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft.

REINHARD MEIER

Wohin treiben Argentinien und Brasilien?

Das einzig Zuverlässige, das sich über die Zukunft sagen lässt, ist die Tatsache, dass man nichts Sicheres davon weiss. Diese Binsenwahrheit zeigt die prinzipielle Begrenztheit, der jeder Versuch zur Prognostizierung und Beurteilung künftiger Entwicklungen unterworfen ist. Trotzdem reizt es immer wieder, von der Gegenwart aus die möglichen oder wahrscheinlichen Konturen der vor uns liegenden Zeit abzutasten. Bei solchen Zukunftsprojektionen zeigen sich die laufenden Prozesse in neuem, verändertem Licht, und es werden für die bestehenden Konstellationen Bewertungskriterien sichtbar, die der reinen Gegenwartsbetrachtung vielleicht verdeckt bleiben.

Wenn wir hier den Versuch unternehmen, uns näher mit den Entwicklungsperspektiven Argentiniens und Brasiliens zu beschäftigen, so geschieht das nicht zuletzt aus der Überzeugung heraus, dass die beiden Grossen Lateinamerikas auf die Zukunft dieses unruhig und unberechenbar gewordenen Halbkontinents einen entscheidenden Einfluss haben werden, auch wenn sie gegenseitig nach verschiedenen Richtungen streben sollten. «Wohin sich Brasilien neigt, neigt sich der Rest des Kontinentes», hatte Präsident Nixon vor noch nicht allzulanger Zeit prophezeit. Der Ausspruch stiess zwar beim eifersüchtig auf Unabhängigkeit bedachten «Rest des Kontinentes» auf wenig Sympathie, aber ganz so unbegründet war das Nixon-Wort wohl nicht. Einem Koloss wie Brasilien, der flächen- und bevölke-

rungsmässig so gross ist, wie alle übrigen Länder Südamerikas (ohne Zentralamerika) zusammengenommen, fällt schon durch seine erdrückende Masse automatisch eine tonangebende Funktion zu. Auf dieser quantitativen Ebene kann da in erster Linie noch Argentinien – das bei weitem grösste Land im spanisch sprechenden Block – ein gewisses Gegengewicht bieten. Abgesehen von diesen kontinentalen Implikationen aber interessieren Argentinien und Brasilien auch als Einzelbeispiele für die heutige Grundsatzproblematik der Entwicklungsländer. Beide Länder haben in den vergangenen Monaten und Jahren verschiedentlich Schlagzeilen gemacht, die allerdings meist unter umgekehrten Vorzeichen standen: Während die Welt über die brasilianischen Wirtschaftsrekorde staunte, hörte man aus Argentinien vornehmlich von Guerilla-Aktionen, galoppierender Inflation und anachronistisch anmutenden Perón-Geschichten. Auf den ersten Blick macht es ganz den Anschein, als ob der Amazonas-Staat einer optimistischen Zukunft entgegensteuern würde, während andererseits reichlich undurchsichtige Wolken über dem argentinischen Horizont zu hängen scheinen. Dieses vordergründige Bild soll im folgenden durch eine längerfristige Evaluierung, die neben wirtschaftlichen auch politische und soziale Faktoren berücksichtigt, relativiert werden.

Relation und Relativität des Wirtschaftswachstums

Die wirtschaftliche Dynamik, von der Brasilien heute vorangetrieben wird, trägt zweifellos spektakuläre Züge. In den letzten fünf Jahren kletterten die Zuwachsraten regelmässig über die Neun-Prozent-Marke hinaus. Der Export, insbesondere von Industrieprodukten, schwillt explosionsartig an und erobert laufend neue Märkte auch ausserhalb Lateinamerikas. Das erklärte Ziel der brasilianischen Regierung, in absehbarer Zeit in den exklusiven Kreis der wirtschaftlichen Grossmächte vorzustossen, erscheint keineswegs mehr als Utopie; bereits spricht man in diesem Zusammenhang vom «Japan der achtziger Jahre». Solche Superlative erscheinen um so berechtigter, als in dem brasilianischen Riesen gewaltige Reserven schlummern. Noch sind ungeheure Weiten des Hinterlandes kaum erschlossen. Eine energisch vorangetriebene Strasse durch den Urwald soll nun das bisher fast unberührte Amazonas-Becken – das rund die Hälfte des Landes umfasst, aber nur von acht Prozent der hundert Millionen Brasilianer besiedelt wird – dem wirtschaftlichen Fortschritt öffnen. Aufgrund der bisher entdeckten Bodenschätze nimmt man an, dass noch unermessliche Reichtümer in dieser Zukunftsregion brachliegen.

Kein Wunder, dass Brasilien aufgrund dieser imponierenden Fakten in-

zwischen zu einem der gefragtesten Investitionsländer geworden ist. Der den Boom ankurbelnde Kapitalstrom aus dem Ausland nimmt ständig zu – um so mehr, als die Regierung, im Gegensatz zu andern Ländern der Dritten Welt, keinerlei ideologische Skrupel gegen fremde Investitionen hegt. Die ausländischen Unternehmer erwarten in Brasilien im Gegenteil lukrative Vergünstigungen und – was von offizieller Seite gern betont wird – ausserordentlich billige Arbeitskräfte. Ausserdem gelang es, die Inflation, die sich Mitte der sechziger Jahre noch gegen hundert Prozent zu bewegte, schrittweise zu verringern und im vergangenen Jahr auf für südamerikanische Verhältnisse bescheidene 15 Prozent zu drücken.

Die Wirtschaftsbilanz Argentiniens nimmt sich demgegenüber bedeutend weniger euphorisch aus. Die Inflation, Indikator mangelnder Stabilität, stieg im vergangenen Jahr auf 65 Prozent. Die Produktionszahlen dieses zu den reichsten Agrarländern der Welt zählenden Landes stagnieren. Das Investitionsinteresse ist gering geworden; das private Kapital wird ins sicherere Ausland geflüchtet. Zugenommen haben vor allem die Arbeitslosigkeit und die staatlichen Zahlungsschwierigkeiten.

Zur Wahrung der Proportionen bleibt indessen zu berücksichtigen, dass man in Argentinien im Vergleich zu Brasilien von einem ungleich höheren wirtschaftlichen Entwicklungsstand auszugehen hat. Die Industrialisierung des Landes, die Entwicklung seiner Infrastrukturen und die Technologie sind in Argentinien als Folge einer dynamischen Vergangenheit im Verhältnis wesentlich weiter fortgeschritten als beim grösseren Nachbarn. So beträgt beispielsweise der durchschnittliche Energiekonsum des Argentiniers rund 1500 Kilowattstunden jährlich, das ist dreimal mehr als in Brasilien. Noch eindrücklicher ist der Vergleich des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung, das in Brasilien mit rund 500 Dollar kaum die Hälfte des argentinischen Niveaus ausmacht. Dieser vorderhand noch beträchtliche wirtschaftliche Entwicklungsvorsprung schmilzt heute jedoch wegen der unterschiedlichen Wachstumsdynamik immer mehr zusammen, und es lässt sich – bei gleichbleibender Konstellation – unschwer ausrechnen, dass die brasilianische Wirtschaft den südlichen Nachbarn in absehbarer Zeit auch im Bereich der relativen Zahlen überflügeln wird.

Brasilien: weitab von sozialer und politischer Integration

Wie steht es nun aber mit den politisch-sozialen Verhältnissen? In Brasilien herrscht seit 1964, als die Armee dem unstabilen Goulart-Regime ein gewaltsames Ende bereitete und die Generäle selber die Macht in die Hände nahmen, eine entschlossene Militärdiktatur. Die politischen Freiheiten des

Volkes sind gleich Null, der Presse wurde ein Maulkorb umgehängt, Kritik am Regime wird nicht geduldet. Zwar gibt es ein Parlament und sogar eine Oppositionspartei, doch dienen diese völlig manipulierbaren Institutionen lediglich dem demokratischen Schein. Der entscheidende Schritt zur praktisch uneingeschränkten Diktatur wurde 1968 mit dem Erlass der berüchtigten «Institutionellen Akte Nr. 5» vollzogen. Aufgrund dieses Verfassungszusatzes kann der Präsident nach freiem Ermessen den «politischen Tod» unbeliebiger Bürger verfügen, parlamentarische Mandate aufheben und die Legislative auf unbestimmte Zeit beurlauben. Das Regime hat in den letzten Jahren von seinen repressiven Machtmitteln ausgiebig Gebrauch gemacht. Glaubwürdige Berichte über unmenschliche Folterungen lassen keinen Zweifel offen über die «Effizienz» des engmaschigen Polizei- und Geheimdienstnetzes. Jede organisierte Opposition, von den liberalen Kritikern über engagierte Priester bis zur militanten Stadtguerilla, scheint heute gnadenlos ausgerottet zu sein. Das brasilianische Wirtschaftswunder blüht über dem Grab der politischen Freiheiten.

Allerdings steht zu vermuten, dass für breite Schichten des Volkes, die schon unter den vorhergehenden Regierungen praktisch nichts zu sagen hatten (den Analphabeten, heute noch rund ein Drittel aller Brasilianer, wurde nie ein Stimmrecht zuerkannt), diese politische Knebelung weniger ins Gewicht fällt als die Tatsache, dass sie vorderhand vom Segen des vielgepriesenen Wirtschaftsbooms ausgeschlossen bleiben. Wohl steigen mit imponierender Schnelligkeit die Produktions- und Gewinnzahlen, an der sozialen Stellung der Nichtprivilegierten jedoch hat sich nichts verbessert. Im Gegenteil: die Reallöhne der Arbeiter sind zwischen 1960 und 1970 – als der wirtschaftliche Auftrieb bereits in vollem Gange war – um rund 20 Prozent gesunken. Zwar gibt es einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn von 200 Cruzeiros (etwa 130 Franken), mit dem rund die Hälfte aller Werktätigen vorliebnehmen muss – aber damit lässt sich bei Lebenskosten von praktisch europäischem Niveau kaum anders denn in Misere leben. Hinzu kommen, vor allem ausserhalb der prosperierenden Ballungszentren im Süden, Millionen von Arbeitslosen und Gelegenheitsarbeitern, die völlig am Rand der Konsumwirtschaft vegetieren, wo sie dem nackten Hunger und oft verzehrenden Krankheiten preisgegeben sind. Das ist die wenig erhebende Kehrseite des brasilianischen Mirakels: Am gesamtwirtschaftlichen Auftrieb partizipiert vorläufig nur eine schmale Oberschicht. Nach Angaben von Weltbankpräsident McNamara stieg der Anteil am Nationaleinkommen der 5 Prozent Reichsten im Lande zwischen 1960 und 1970 von 29 auf 38 Prozent, während die 40 Prozent Ärmsten – also rund 40 Millionen – ihren Anteil gleichzeitig von 10 auf 8 Prozent schrumpfen sahen.

Nun machen die brasilianischen Machthaber kaum ein Geheimnis daraus, dass auf ihrem Programm die soziale Gerechtigkeit nicht an vorderster Stelle steht. Sie verteidigen ihre Politik mehr oder weniger explizit mit dem Argument, dass zuerst eben einmal produziert und Reichtum akkumuliert werden müsse, bevor man ans Verteilen denken könne. Diktatur und soziale Ungleichheit werden sozusagen als unvermeidliche Konsequenzen für den zielbewussten Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft einkalkuliert. Nach dieser Strategie lassen sich industrieller Fortschritt und grosszügige Sozialpolitik in einem Entwicklungsland nicht gleichzeitig realisieren. Der Staat hat sich vielmehr in einer ersten Phase ganz auf das ökonomische Wachstum zu konzentrieren, das im Falle Brasiliens sozusagen nach dem kapitalistischen Urprinzip: hohe Unternehmergewinne durch niedrige Lohnkosten bei ungestörter politischer Stabilität, angekurbelt wird.

Hier drängt sich natürlich sofort die Frage auf, wann denn eigentlich mit einer ausgewogenen Verteilung der wirtschaftswunderlichen Früchte begonnen werden soll. In der Praxis nämlich lässt sich der Zeitpunkt für die Einleitung einer politisch-sozialen Liberalisierung beliebig hinausschieben, da ja eine wirtschaftliche Entwicklung nie endgültig abgeschlossen ist und folglich immer Vorwände für Restriktionen geltend gemacht werden können (was heute, mit unterschiedlichen Akzenten, von fast jedem nicht demokratischen Regime vorexerziert wird). Bisher sind jedenfalls keine Anzeichen vorhanden, die in absehbarer Zeit auf eine Änderung des bestehenden Systems schliessen lassen. Um – wie der brasilianische Generalstabschef kürzlich erklärte – den wirtschaftlichen Fortschritt nicht zu gefährden, sind die Militärs fest entschlossen, die straff gespannten Zügel nicht so bald wieder aus den Händen zu geben.

Das Bild von der lichten Zukunft Brasiliens stimmt also nur sehr bedingt. Neben verheissungsvollen Produktionsraten wird man weiterhin mit den schweren Schatten der politischen Repression und einer krassen materiellen Ungerechtigkeit rechnen müssen.

Pluralismus in Argentinien?

Gegenüber der brasilianischen Friedhofsruhe im politisch-sozialen Bereich zeichnet sich in Argentinien eine wesentlich bewegtere Entwicklung ab. Von der Regierung Lanusse ist ein Experiment in Gang gesetzt worden, dessen Erfolg oder Misserfolg die künftigen Strukturen dieses Landes grundlegend prägen dürften. Nach fast siebenjähriger Militärdiktatur sind für den kommenden März allgemeine Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ausgerufen worden, bei denen erstmals seit 1955 sämtliche politischen Kräfte des Landes zugelassen werden. Ziel dieser beabsichtigten Rückkehr

zur Demokratie ist die Überwindung einer langen Periode nationaler Frustration, deren komplexe Ursachen Jahrzehnte zurückreichen.

Anders als in den übrigen Staaten Lateinamerikas, deren Bevölkerungsstruktur stark vom Element der indianischen Ureinwohner durchsetzt ist, wird die Gesellschaft Argentiniens vollständig von den weissen Einwanderern bestimmt, die um die Jahrhundertwende millionenfach aus Europa – in erster Linie aus Italien und Spanien – in das Zukunftsland am Rio de la Plata strömten. Diese Immigranten brachten schon aus ihrer Heimat ein verhältnismässig hochentwickeltes politisches Bewusstsein mit, so dass in Argentinien gegenüber der herrschenden Oligarchie der Grossgrundbesitzer relativ früh Forderungen nach vermehrter Partizipation am schnellen Fortschritt des Landes laut wurden. Unter dem Druck des sich verbreiternden Mittelstandes führte man 1912 das allgemeine Wahlrecht ein, was vier Jahre später erstmals einen Vertreter der Radikalen Partei, die das Bürgertum repräsentierte, an die Macht brachte, womit zumindest formal die allgemeine politische Mitbestimmung erreicht war.

In den vierziger Jahren konnte sich dann Perón eine neue Machtbasis schaffen, indem es ihm gelang, das bisher kaum organisierte Proletariat zu mobilisieren. Die Popularität Peróns, der 1946 nach einer unblutigen Revolution seiner Anhänger durch freie Wahlen die Präsidentschaft übernahm, stützte sich in erster Linie auf eine fortschrittliche Sozialpolitik. Er baute einen mächtigen Gewerkschaftsapparat auf, dessen Einfluss auch die späteren Regimes nicht zu brechen vermochten, sorgte für neue progressive Gesetze zum Schutz des Arbeiters und verbesserte den Lebensstandard der unteren Schichten erheblich. Ausserdem wurde unter seiner Regierung das Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt.

Damit soll die neunjährige Perón-Regentschaft keineswegs als musterhaft hingestellt werden. In mancher Beziehung bediente er sich zutiefst repressiver Herrschaftsmethoden. Eine echte Opposition wurde nicht geduldet. Die diffuse Ideologie des Peronismus erschöpfte sich vornehmlich in einem mit allen Mitteln der Demagogie betriebenen Personenkult um den Caudillo und dessen Gattin «Evita». Auch die eingeleiteten sozialen Reformen entsprangen durchaus nicht allein dem selbstlosen Engagement Peróns, sie dienten vielmehr als patentes Vehikel zur Festigung seiner persönlichen Macht. Hinzu kommt, dass die kostspielige Sozial- und Prestige-Politik allzu leichtfertig aus der anfänglich durch hohe Agrarexporte wohlgefüllten Staatskasse finanziert wurde, während man die notwendigen Umstrukturierungen der Wirtschaft vernachlässigte. Als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgrund der veränderten Verhältnisse auf dem Weltmarkt immer mehr zunahmen, verschärfte sich auch der innere Widerstand gegen das Regime und Perón wurde schliesslich 1955 von den Militärs gestürzt.

Trotz dieser gewichtigen Einwände bleibt aber die Tatsache bestehen, dass in der Perón-Epoche zum erstenmal die unteren Schichten aus ihrer Randsituation befreit und als bestimmender Faktor ins nationale Leben integriert wurden. Zwar blieb die politische Partizipation des Volkes unter dem populistisch-autoritären Peronismus praktisch auf ein bloss emotionales Engagement beschränkt, aber es gab dem einfachen Mann doch ein neues Gefühl nationaler Identität. Die sozialen Verbesserungen verstärkten zudem das Bewusstsein der Arbeiter, die verständlicherweise nach Peróns Abgang nicht gewillt waren, auf diese Errungenschaften zu verzichten. Wie die jüngste Vergangenheit in Argentinien gezeigt hat, kann es sich auf die Dauer keine Regierung leisten, die Interessen der unterprivilegierten Klasse zu ignorieren.

Die nachperonistische Epoche erschöpfte sich in einem sterilen Patt zwischen den peronistischen und antiperonistischen Kräften, der jede fruchtbare Weiterentwicklung des Landes lähmte[1]. Die peronistische Partei wurde verboten, da die Militärs zusammen mit der Oberschicht deren Zugang zu den Schalthebeln der Macht unter allen Umständen verhindern wollten. Perón legte sich im Exil die Rolle des Märtyrers zu, was die ungebrochene Anhänglichkeit breiter Volksteile gegenüber dem gestürzten Caudillo noch verstärkte. Diese Konstellation verunmöglichte das Zustandekommen einer starken, von der Mehrheit getragenen Regierung, die fähig gewesen wäre, echte Alternativen anzubieten und so die Anziehungskraft des Peronismus zu neutralisieren. 1966 setzten die Generäle den zwischen peronistischer Opposition und militärischen Interventionsgelüsten hoffnungslos blockierten Zivilregierungen ein Ende und nahmen die Macht definitiv selber in die Hand. In der von General Ongania proklamierten sogenannten «Argentinischen Revolution» sollte der Einfluss der Parteien und Gewerkschaften auf unbestimmte Zeit unterdrückt und nach brasilianischem Vorbild einseitig die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben werden. Doch die peronistisch kontrollierte Arbeiterschaft nahm diese Politik nicht widerstandslos hin. 1969 kam es zu gewaltsamen Aufständen, und Ongania wurde bald darauf zum Rücktritt gezwungen; eine «brasilianische Lösung» hatte sich in Argentinien als undurchführbar erwiesen.

Auch die Militärs mussten einsehen, dass ein Ausweg nur vom politischen Bereich her kommen kann. Da weder der Peronismus noch der Antiperonismus für sich allein die Kraft besitzt, sich entscheidend durchzusetzen, scheint die einzig gangbare Möglichkeit in dem von beiden Seiten so lange verhinderten Kompromiss zur Zusammenarbeit zu liegen. Darauf zielt denn auch das von Onganias Nachfolger Lanusse eingeleitete Experiment ab: Der Peronismus soll in ein echtes pluralistisches System integriert werden. Die Teilerfolge, die auf diesem schwierigen Weg bisher erreicht wurden, be-

rechtigen zu vorsichtigem Optimismus. Der alternde Perón konnte zu einem mehr oder weniger freiwilligen Verzicht auf die Präsidentschaftskandidatur – die den unheilvollen Antagonismus mit unkontrollierbaren Auswirkungen aufs neue angeheizt hätte – bewogen werden, ohne dass sich seine Partei aus dem Wahlprozess zurückzog. Ein Peronismus aber ohne Perón und mit direkter Teilhabe an der Staatsverantwortung dürfte mit der Zeit auch etliches von seinem irrational-demagogischen Ballast abwerfen, der das Gesicht dieser Volksbewegung bisher so unvorteilhaft verzerrt hat. Langfristig betrachtet scheint es sogar nicht unmöglich, dass sich der Peronismus zu einer Art sozialdemokratischer Arbeiterpartei entwickelt, der im Rahmen eines funktionierenden Kräftespiels die legitimen Interessen der unteren Schichten wahrnimmt.

Aussicht auf Stabilisierung / krisenreicher Weg in die Zukunft

Wir versuchen, aus den dargelegten Aspekten ein Fazit für unsere Titelfrage zu ziehen. Dabei lassen wir uns von der Überzeugung leiten, dass das Schicksal jeder Gesellschaft letzten Endes vom Grad ihrer inneren Kohärenz abhängt. Das heisst: je grösser die Möglichkeiten zur sozialen Integration, zu einer echten politischen und materiellen Partizipation aller Schichten in einem Staatswesen sind, desto aussichtsreicher die Perspektiven für eine organische, den nationalen Bedürfnissen entsprechende Entwicklung. Auf lange Sicht kann also eine Politik nur dann dauerhafte Erfolge bringen, wenn es ihr gelingt, ihre Ziele auf einen breiten öffentlichen Konsens abzustimmen.

Dazu nun sind die gegenwärtigen Voraussetzungen in Argentinien nicht ungünstig. Die möglich scheinende Überwindung des historischen Gegensatzes zwischen den peronistischen und antiperonistischen Kräften eröffnet dem lange unterbrochenen Aufbau eines pluralistischen, dem sozialen Ausgleich offenen Staatswesen reelle Chancen. Damit aber wäre auch die Basis gegeben für eine Gesundung der stagnierenden Wirtschaft, die aufgrund des verhältnismässig hohen Entwicklungsstandes bei tragfähigen politischen Verhältnissen zu positiven Prognosen berechtigt. Einer solchen Entwicklung – auch wenn sie, was zu erwarten ist, keineswegs schnurgerade verläuft – käme für die Zukunft ganz Lateinamerikas nicht geringe Bedeutung zu. Argentinien würde sozusagen den Beweis liefern, dass auch auf diesem Entwicklungskontinent allen gegenteiligen Thesen zum Trotz glaubwürdige demokratische Lösungen möglich sind. Gegenüber den heute deutlich im Vordergrund stehenden rechts- und linksradikalen Experimenten wäre dies eine willkommene Alternative.

Gemessen am oben formulierten Kriterium einer gesellschaftlich integrierten Entwicklung erscheinen dagegen die Erfolgsmöglichkeiten des brasilianischen Weges zumindest in zweifelhaftem Licht. Ein Konzept, das sich ausschliesslich am ökonomischen Wachstum orientiert, dessen soziale Verteilung bewusst hinausschiebt und jedes politische Leben mit brutalen Mitteln unterbindet, eröffnet höchst unberechenbare Zukunftsaussichten. Früher oder später werden die heute noch unpolitisierten Massen ihre Forderungen auf irgend eine Weise geltend machen, was kaum reibungslos ablaufen wird. Viel eher dürften die tiefgreifenden Klassenunterschiede zu einer schweren inneren Konfrontation führen, welche die Fortsetzung des gegenwärtigen Systems grundsätzlich in Frage stellt. Dieser Konflikt könnte um so härter ausfallen, als das herrschende Regime auf starke ausländische Kapitalinteressen Rücksicht zu nehmen hat, womit seine soziale Anpassungsfähigkeit limitiert bleibt. So scheint denn die Prognose nicht abwegig, dass Brasilien der lange und – wie das argentinische Beispiel zeigt – krisenreiche Weg zur sozialen und politischen Integration erst noch bevorsteht.

[1] Vgl. dazu die sorgfältige Analyse von Tillman T. Evers; «Militärregierung in Argentinien», Hamburg 1972.

HORST HINA

García Márquez oder die Abenteuer der Phantasie

Der «Boom» des lateinamerikanischen Romans

Als 1967 der argentinische Verlag «Sudamerica» die *Hundert Jahre Einsamkeit* des damals ausserhalb seiner kolumbischen Heimat nur wenigen Spezialisten bekannten Gabriel García Márquez herausbrachte, hatte die Sternstunde des lateinamerikanischen Romans geschlagen. Ein Bestseller hatte das Licht der Welt erblickt, der stärkeren Zuspruch finden sollte als je ein spanischsprachiges Erzählwerk seit den fernen Tagen des Ritters von der